

Undemokratische Corona-Politik?

Volker von Prittwitz (18.05.2020)



Demonstrationsteilnehmer bezeichnen die Corona-Politik als grundrechtswidrig und undemokratisch. Die Politik und die öffentlichen Medien sind nicht in der Lage, sich mit dieser propagierten Auffassung inhaltlich auseinander zu setzen – Zeichen des bestehenden niedrigen Standes politischer Bildung in Deutschland.

Der Punkt ist: Bei akuter Gefahr für die Allgemeinheit ist die Regierung nicht nur dazu legitimiert, sondern sogar gefordert, bestmöglich zum Schutz der Allgemeinheit zu handeln – wobei Interessen und Bedürfnisse Einzelner unter Umständen zurücktreten müssen. Dieses Muster der Gefahrenabwehr gilt seit jeher in funktionierenden Gemeinschaften und Staaten, auch und gerade in vitalen Demokratien. Während dies etwa bei einer Überschwemmung auf der Hand liegt und nicht in Frage gestellt wird, lässt sich eine allgemeine gesundheitliche Bedrohung wie COVID 19 weit schwerer sinnlich erfassen; dennoch gelten die Prinzipien kollektiven Selbstschutzes auch in diesem Fall – und die staatliche Corona-Politik mit Schließungen und strikten Geboten zur Kontaktminimierung war und ist (abgesehen von einem zu späten und zunächst wenig koordinierten Vorgehen) hochgradig legitim. Sie stimmt mit dem Grundgesetz überein und ist gerade Ausdruck funktionierender Demokratie (Souveräner Gesamtheit).

Gefahrenabwehr ist in der menschenrechtsgebundenen Demokratie – im Unterschied zu Autokratie (*Diktatur*) – allerdings an sachliche Bedingungen gebunden und damit räumlich und zeitlich beschränkt: Sowie keine akute Gefahr mehr besteht, gehen Politik und Staat zu regulären Formen des Risiko-Managements über. Dabei herrscht nicht das Kriterium der Effektivität (Wirkung/Gefahrenabwehr), sondern es gelten Kosten-/Nutzen-Kriterien der Effizienz, die politisch sorgfältig abzuwägen sind.

Zurzeit befinden wir uns in einer komplexen Situation: Zum einen ist die allgemeine Gefahr durch energisches Handeln eingedämmt, und zahlreiche Lockerungen von Corona-Maßnahmen sind auf den Weg gebracht; andererseits kann sich die Epidemie jederzeit wieder verstärken. Kein Wunder, dass in dieser komplexen Situation verbreitet Kritik an Regierungs-Handeln aufkommt und Unsicherheit auf allen Seiten besteht. Undemokratisch aber war und ist die Corona-Politik in Deutschland nicht.

Nun gilt es, in allen Bereichen kreativ verantwortungsvolle Lösungen zu entwickeln. Die Anstrengungen, die Bundesliga wieder in Fahrt zu bekommen, können neben zahlreichen anderen Bemühungen positiv gewürdigt werden. Let`s do it!

Prof. Dr. Volker von Prittwitz
Freie Universität Berlin
Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft
Homepage: <https://userpage.fu-berlin.de/vvp/>
E-Mail: vvp@zedat.fu-berlin.de; vvp@gmx.de;